

TAGESSPIEGEL BACKGROUND

Energie & Klima

„Degrowth“ hat es schwer in der EU

Obwohl bereits der Wahlkampf in die Debatten im EU-Parlament zieht, versuchen einige Abgeordnete, ein Langfristthema in der Diskussion zu halten, das Wähler:innen schwer zu vermitteln ist: die klimataugliche Neudefinition von Wachstum.



von Clara Nack

veröffentlicht am 05.02.2024

Im Juni wird ein neues **Europa-Parlament** gewählt. Die Fraktionen bereiten sich auf die entscheidende Phase des **Wahlkampfes** vor. Rechte Populist:innen werden lauter, aber auch die konservative EVP unter ihrem Vorsitzenden Manfred Weber stemmt sich **gegen zentrale Transformationsprojekte** für den Klimaschutz. Bei den Grünen wächst deshalb die Sorge, dass der europäische Green Deal nach der Wahl weiter zurückgefahren wird.

Unter solchen Bedingungen über **Klimaschutz durch weniger Wachstum** zu diskutieren, durch weniger Konsum, Produktion und Energieverbrauch – sogar durch Verzicht –, wird schwieriger. Im Frühjahr auf der Konferenz „*Beyond Growth* (<https://www.beyond-growth-2023.eu/>)“ in Brüssel war dieser Ansatz noch prominent. Sogar Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen trat dort dafür ein.

Als „**Degrowth**“ bezeichnen die Verfechter:innen der Mäßigung eine Art

Gesund schrumpfen der Wirtschaft inklusive des Finanzsektors und somit auch des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Wohlbefinden — so definiert es das *Lexikon der Nachhaltigkeit* (https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/degrowth_1849.htm). Die dringend nötige Senkung der CO₂-Emissionen ist aus Sicht vieler Degrowth-Befürworter:innen und Klima-Aktivist:innen mit immer weiterem Wirtschaftswachstum inkompatibel.

Außerhalb der Komfortzone

Aber wie heikel der Versuch ist, europäischen Wähler:innen den Gedanken an weniger, aber besseres nahezubringen, zeigt sich an Äußerungen von Parlamentarier:innen wie **Bas Eickhout**. Der niederländische Europa-Abgeordnete der Grünenfraktion dämpft die Erwartungen direkt: „Der Begriff Degrowth ist so sehr **außerhalb der Komfortzone der meisten Abgeordneten**, dass sie nicht einmal darüber nachdenken wollen.“ Schon der Begriff löse bei vielen eine **Abwehrhaltung** aus.

Eickhout, der stellvertretender Vorsitzender des Umweltausschusses ist, schlägt stattdessen die Begriffe „**Post Growth**“ oder „**Beyond Growth**“ vor, um negative Konnotationen mit Schrumpfung und Verzicht zu vermeiden.

Auch aus der Wissenschaft sind skeptische Stimmen zu hören, etwa die von **Michael Braungart**: Man müsse ein Ziel definieren, „das die Menschen **positiv mitnimmt**“, sagt der Professor des Cradle-to-Cradle-Lehrstuhls an der Universität Lüneburg sowie Mitgründer und wissenschaftlicher Leiter des Hamburger Umweltinstituts. Braungart möchte das Degrowth-Konzept gleich **komplett abschaffen**, denn es sei „eher eine Befindlichkeit als ein wirkliches Wirtschaftsmodell und **stark moralisierend**. Es wären europäische Allmachtsphantasien zu denken, ein europäischer Ansatz zu Degrowth könnte global viel verändern.“

Eickhout dagegen differenziert: „Wir werden Degrowth in bestimmten Sektoren erleben, zum Beispiel im Sektor der **fossilen Brennstoffe**“, sagt er. Diese Entwicklungen treibe man ja bereits voran, ordnet Eickhout ein. Als Gesamtkonzept werde es sich in der Politik vorerst nicht niederschlagen, denn für die Konservativen sei es ein „No-Go.“

„Wohlstandswachstum“ statt Schrumpfkur

Sirpa Pietikäinen, Abgeordnete der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, stimmt Eickhout bezüglich der unattraktiven Begrifflichkeit zu. Die Finnin setzt sich für eine andere Wortwahl ein: „Ich schlage ein korrigiertes Wachstumsmodell vor und bin dafür, von Wohlstandswachstum zu sprechen beziehungsweise von einem **Wachstum des Wohlbefindens**“, sagt Pietikäinen, die dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung angehört. Finnland hat bereits ein Monitoring des Wohlbefindens der Bevölkerung eingeführt.

Neben dem BIP, findet Pietikäinen, müssten in eine neue Definition von Wachstum auch Aspekte wie der **Naturschutz** einbezogen werden. Durch eine **Monetarisierung von Natur** etwa könne man einem Wohlstandswachstum näher kommen: „Wenn ein Mitgliedsland beispielsweise seinen **Wald verliert**, sollte ihm damit auch eine bestimmte Summe Geld in der Bilanz verwehrt werden, weil ein bedeutender natürlicher Vermögenswert verloren wurde“, sagt Pietikäinen. Solche Punkte seien in der EU jedoch bislang **nicht unter gemeinsamen Gesetzen** harmonisiert. Es werde schwierig, gemeinsame Regelungen zu finden und in ein überarbeitetes Wirtschaftsmodell einzubauen.

Fortschritt frühestens in zehn Jahren

Während die Finnin „in frühestens zehn Jahren“ mit einem überarbeiteten Wachstumsmodell in der EU rechnet, ist Bas Eickhout von den Grünen pessimistischer: „Die Verringerung des BIP-Wachstums wird eher **in den nächsten Jahrzehnten** stattfinden.“

Dann aber, glaubt der Niederländer, werde es sichtbare Fortschritte geben, etwa bei der **Materialeffizienz**: „Es könnte auf EU-Ebene möglich sein, Unternehmen zu verpflichten, recycelte Materialien zu verwenden.“ Erste Verpflichtungen in diese Richtung finden sich in mehreren EU-Gesetzen, etwa die *Richtlinie* ([https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_ATA\(2023\)754588](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_ATA(2023)754588)) über Verpackungen und Verpackungsabfälle.

Der Wissenschaftler Braungart hingegen zweifelt an der Wirksamkeit simpler Recycling-Vorgaben, solche führten eher zu „**Downcycling**“. Stattdessen solle die EU darauf achten, dass alles, was verschleifen kann, **biologisch nutzbar** sei, argumentiert er. Dem Chemiker geht es vor allem um die Zusammensetzung der

Materialien. Sie müssten **besser verwertbar** sein als das bei bisherigen Recyclingprozessen möglich sei.

Sozialpolitik, Ressourcenpolitik, Energiepolitik, Arbeitsmarktpolitik – die Debatte über ein Gesundshrumpfen der Wirtschaft im Sinne des Klimaschutzes hat ein breites Spektrum. Ist eine **übergreifende Strategie** überhaupt möglich? Die konservative Abgeordnete Pietikäinen ist **eher pessimistisch**. Trotz ihres großen Interesses tritt sie im Moment für andere Prioritäten ein: „**Es dauert zu lange**, bis Degrowth zur anerkannten Strategie gegen den Klimawandel wird“, sagt sie. Deshalb solle die EU sich jetzt lieber auf den Green Deal und das Fit-for-55-Programm konzentrieren.